

ben das Bürgerrecht. So ein Flüchtling war auch der berühmte Orgelkünstler und Tondichter Andreas Rauch.

Diese Rolle fiel den Ödenburgern aber nicht einfach in den Schoß. Die zur Erinnerung an die 450. Wiederkehr der Belagerung der benachbarten deutschen Stadt Güns durch die Türken verfaßte Untersuchung von Karl Mollay über den wehrhaften Stand Ödenburgs eröffnet neue Horizonte (Mollay, Károly: *Köszeg 1532. évi ostroma és Sopron*, in: *Soproni Szemle* 37 (1983) S. 193—235). Das »Muster-Register der Stadtbürger und ihrer mituerwonndten« vom 26. Juni 1532 gibt die bürgerliche Streitschar mit ihrer beträchtlichen Bewaffnung und Adjustierung bekannt. Eine zweite Veröffentlichung über dieses Thema vom Ödenburger Stadtforscher Jenő Szabó von der »Zeüghausz Raitung de Anno 1692« des Ignaz Lorenz Pellican, seines Zeichens »Bürgerlicher Zeugwarth«, bestätigt, wie sich die Bewaffnung und Wehrhaftigkeit der Stadt in 160 Jahren weiterentwickelt hatte (Szabó, Jenő: *Pellican Ignác Lőrinc városi fegyvertáros számadása az 1692-évről*, in: *Soproni Szemle* 35 (1981) S. 331—343). Nicht untätig und in Parteihader versunken erlebten die Bürger Ödenburgs diese schlimmen Zeiten, sondern in Eintracht und in Verantwortung vor dem schweren Schicksal. Sie ließen sich zwar nie in Streithandel ein, da die Kriegführung nicht Sache der Bürger war, doch blieben sie stets wehrhaft und klug auf sich gestellt.

Allerdings wäre zur vollen Aufhellung dieser Umstände die Erforschung der Tatbestände nötig, wie sich die Umgebung der Stadt dazu verhielt, in erster Linie die Bevölkerung der ihr untertänigen sieben bzw. acht Bauerndörfern. Das sind Wandorf, Agendorf, Klingenbach, Mörbisch, Harkau, Kohlendorf, Wolfs und teilweise Kroisbach bzw. später Loipersbach. Wie das Musterungsregister vom Jahre 1532 zeigt, waren diese in die Verteidigung einbezogen und hatten, wie auch Kroisbach, ihre Kriegsmänner abzustellen. Sinnbildlich stehe für ihr Schicksal in den Kriegsläufte die traurige Geschichte einer von den Türkenscharen der »Renner und Brenner« 1532 gefangen genommenen und in die Sklaverei nach Konstantinopel verschleppten namenlosen Bauernfrau aus Ödenburg. Der hellhörige schwäbische Gesandtschaftsprediger Stefan Gerlach aus Knittlingen — ein Schüler des »Schmiedesohnes« von Waiblingen, Jakob Andreä, Kanzler zu Tübingen — der auch im geheimen Auftrag der Bürgerschaft Schwabens das »gehuldigte« Reich der Türken bereiste, schildert 1573 in seinem Türkischen Tage-Buch bewegt ihr Elend und Leid. Merkwürdigerweise hatten die Deutschen im Lande dafür immer mehr Verständnis als die anderen. In Ödenburg machten nicht nur Christoph Lackner und Johann Adam Gensel große Stiftungen zur Auslösung der Landsleute aus türkischer Sklaverei. Die Bürger Ödenburgs fühlten sich stets der Allgemeinheit innig verbunden.

Paul Ginder

Stuttgart

19. UND 20. JAHRHUNDERT (BIS 1945)

Akten zur Geschichte des Krimkrieges. Serie 1: Österreichische Akten zur Geschichte des Krimkrieges. Hrsg. von Winfried Baumgart. Band 1: 27. Dezember 1852 bis 25. März 1854. Bearb. von Ana Maria Schop Soler; Band 2: 30. März 1854 bis 9. September 1855. Bearb. von Werner

Zürrer; Band 3: 10. September 1855 bis 24. Mai 1856. Bearb. von Winfried Baumgart. München, Wien: Oldenbourg 1979—1980. 749 S., 1054 S. und 644 S.

Der mit der Krimkriegsforschung eng vertraute Winfried Baumgart, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Mainz, hat mit dieser Aktenveröffentlichung ein monumentales Werk vorgelegt, das es erlaubt, die bisherigen Klisches über die Rolle Österreichs in diesem Konflikt durch solide Aktenkenntnisse zu ersetzen. Die etwa 1300 Aktenstücke stammen aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv sowie dem Kriegsarchiv in Wien. Sie geben einen genauen Ablauf über die österreichische Außenpolitik in diesem europäischen Konflikt.

Um Österreich in Schach zu halten, das ist aus der Aktenlage genau zu ersehen, spielt in der Politik der Westmächte das österreichische Nationalitätenproblem eine wesentliche Rolle, darunter ist neben der Lombardei und Venetien vor allem Ungarn mit beteiligt. Der Gesamtbereich »Die Ungarn und der Krimkrieg« wurde anhand der im vorliegenden Werk zum Teil veröffentlichten Akten bereits in einem umfangreichen Beitrag von Tamás Lengyel bearbeitet (T. Lengyel: *Die Ungarn und der Krimkrieg*, in: Jahrbuch des Graf Klebelsberg Kuno Instituts für ungarische Geschichtsforschung 8 (1938) S. 136—246). Die wichtigsten der von Lengyel benutzten Akten sind im vorliegenden Werk veröffentlicht; die Masse dieser Akten fand aber keine Aufnahme in den sonst so vortrefflich bearbeiteten vorliegenden Bänden. Dabei ist durch Nachrichten aus der Türkei bekannt, daß das Osmanische Reich im äußersten Fall, also bei einer Kriegserklärung Österreichs, die ungarischen und polnischen Emigranten an die Grenze nach Österreich geworfen hätte, damit sie dort die Magyaren und die südslawischen Völker zum Aufstand aufgestacheln hätten. Dies alles war am Ballhausplatz in Wien bekannt und deswegen hat Österreich im Lauf des Jahres 1854 jeden ungarischen Bündnisplan zurückgewiesen. Auf französischen Druck hin sah sich Wien sogar gezwungen, sich den westeuropäischen Mächten zu nähern. Diese Kursänderung erfolgte so rasch, daß man in den politischen Kreisen damit rechnete, die Monarchie werde im Sommer 1854 intervenieren müssen.

Wie aus der Abhandlung von Lengyel ersichtlich wird, erfolgten die Verhandlungen der französischen und türkischen Regierung mit den Führern der Umsturzpartei nur in der Absicht, Österreich weiterhin neutral zu halten. Die ungarische Emigration bildete also das Instrument, mit dem die Westmächte eine Intervention Österreichs vereitelten. Die ungarische Emigration wurde somit zu einer ständigen Waffe gegen Österreich. Die Westmächte und die Türkei erreichten ihr Ziel, Österreich blieb neutral. Geschädigt blieb die ungarische Emigration, die nur dazu diente, den Alliierten ihre Handlungsfreiheit zu sichern.

Diese Rolle der ungarischen Emigration wird aus den vorliegenden Dokumenten-Bänden nur schwer sichtbar. Für den Ausgang des Krieges wäre eine eventuelle Teilnahme Österreichs auf der Seite Rußlands unter Umständen kriegsentscheidend gewesen.

Bölöni Farkas, Sándor: Von Transsylvanien bis Pennsylvanien. Reiseerlebnisse vor 150 Jahren. Vorwort und Auswahl von István Gál. Budapest: Corvina 1980. 384 S.

Beiträge zur Gattung der Reisebeschreibungen, die wichtige Geschichtsquellen darstellen können, kamen auch aus Ungarn. Bedeutsam ist hierbei das Tagebuch von Sándor Bölöni Farkas (1795—1842) über seine Reise in das westliche Europa und vor allem nach Nordamerika (USA und Kanada).

Der aus Siebenbürgen stammende Bölöni Farkas nutzte die Gelegenheit, als Begleiter des Grafen Ferenc Béldi diese Länder besuchen zu können. Etwas mehr als ein Jahr lang (1830/1831) erwies er sich als aufmerksamer Beobachter; er zeichnete sorgfältig Begegnungen und Eindrücke auf, erklärte sie durch historische Rückblicke und vertiefte sie durch eigenständige Bewertungen. Was dieser Ungar in der »Neuen Welt« als fundamental Neues im Vergleich zu den Verhältnissen in seiner Heimat zu sehen vermochte, dreht sich um die Begriffe Konstitutionalismus, Liberalismus, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit. Bölöni Farkas scheut sich dabei nicht, Kontraste überdeutlich auszusprechen. Ein Zitat sei als Beispiel herausgegriffen: »Ich durchlief in Gedanken das System der europäischen Polizei und fand, daß es von der Annahme ausgeht, daß jeder Mensch von Natur aus als Betrüger geboren wird oder durch Bildung und Gesellschaft zum Betrüger gemacht wird. Völlig anders ist das in Amerika...« (S. 169).

Wegen solcher Feststellungen liegt es auf der Hand, daß der Wert dieses Tagebuchs ganz besonders in seiner Wirkungsgeschichte liegt. Der Herausgeber bezeichnet es in seinem Vorwort als »eines der wirkungsstärksten Werke in der ungarischen Literatur« (S. 7), wobei der damals veröffentlichte amerikanische Teil gemeint ist. Die sich auf das westliche Europa (von München bis London) beziehenden Teile, in denen sich der Verf. ebenfalls eindeutig — mit Lob und viel mehr noch mit Kritik — äußert, erschienen der Zensur als zu sehr suspekt und nicht tragbar. Letzters geschah wohl wegen der geographischen Nähe dieser Länder zu Ungarn und damit verbunden aus außenpolitischen Rücksichten. Eine geplante deutschsprachige Gesamtausgabe kam dann aus diesen Gründen überhaupt nicht zustand.

Der vorliegende Band stellt eine — von Henriette und Géza Engl aus dem Ungarischen übersetzte — Auswahl dieses Tagebuchs dar, ergänzt durch ein Vorwort sowie ein Literaturverzeichnis.

Ekkehard Völkl

Regensburg

Deák, Ferenc; Kossuth, Lajos: Párbeszéd a kiegyezésről [Dialog über den Ausgleich]. Szigethy Gábor előszavával. Budapest: Magvető 1981. 71 S. = Gondolkodó Magyarok.

Die Broschüre enthält zwei Reden von Deák: eine kürzere, die er am 17. Februar 1867 vor der Konferenz seiner Partei hielt, im Anschluß an das Reskript selbigen Tages von König Franz Joseph über die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung; und eine längere, die er am 28. März 1867 im ungarischen Abgeordnetenhaus zur Gesetzesvorlage über den Ausgleich mit Österreich vortrug. Dieser Rede folgt ein an Franz Deák aus Paris am

22. Mai 1867 gerichtetes Schreiben Lajos Kossuths, worin dieser seinen ehemaligen Freund Deák mit einem »Kassandra-Ruf« vor dem Ausgleich warnt.

Eine Einführung und Erläuterungen bzw. Anmerkungen von Gábor Szigethy dienen dem besseren Verständnis dieses »Dialogs«, der unseres Erachtens gar kein Dialog im wahren Sinne des Wortes, sondern nur eine Gegenüberstellung von zwei entgegengesetzten Meinungen ist. Die Einführung erreicht keinen wissenschaftlichen Rang; in einem etwas schwülstigen Stil wird dargelegt, daß man in Ungarn seit hundert Jahren darüber debattiert, ob der Ausgleich mit Österreich für Ungarn vorteilhaft war oder nicht. Anschließend werden die Personen bzw. das Wirken von Deák und von Kossuth gegenübergestellt und »wohlwollend« bemerkt, daß man Deak in Ungarn nie — wie Görgey — für einen Verräter gehalten hat (General Görgey streckte die Waffen am 13. August bei Világos vor den Russen und beendete damit den aussichtslos gewordenen Freiheitskampf. Nach seiner Flucht aus Ungarn bezichtigte ihn Kossuth unverzüglich des Verrates). Szigethy hebt noch hervor, daß Kossuth das zurückerobern wollte, »was Görgey verkauft hat«, nämlich das Selbstbestimmungsrecht Ungarns (Hierzu sei bemerkt: am Anfang des 20. Jhs. wurde Görgey von der ungarischen Geschichtsschreibung rehabilitiert).

Über die vorliegende Schrift muß man feststellen, daß der Laie aus der Lektüre der beiden Reden Deáks und des »Kassandra-« Schreibens Kossuths nicht viel klüger wird, umso weniger, als Szigethy in seiner Einführung nicht die gesamte Problematik des Ausgleichs darlegt; es ist aus dem Text herauszufühlen, daß er in seiner Gesinnung Kossuth nahesteht. Korrekterweise hat er allerdings in den Anmerkungen (S. 67) Deáks *Kommuniqué* in der Tageszeitung »Pesti Napló« (vom 30. Mai 1867) abgedruckt. Hier erklärt Deák, daß er nicht beabsichtige, auf Kossuths sogenannten »Kassandra-« Brief zu antworten. Kossuth hatte nämlich sein Schreiben gleichzeitig in Paris in einer ungarischen Emigrantenzeitung veröffentlicht. Deák betrachtete dies als einen gegen ihn gerichteten Presseangriff und er pflegte auf Zeitungs-polemiken nicht einzugehen, umso weniger, als er sein Vorgehen und das Ausgleichswerk in Erklärungen bzw. Reden dargestellt und begründet hatte.

Der Rezensent möchte noch zwei Bemerkungen vorbringen. Zum einen: Das stichhaltige Bismarck-Wort »Politik ist die Kunst des Möglichen« gilt auch für Deáks Ausgleichswerk. Zum anderen: Österreichische Historiker fanden seit 1867 den Ausgleich zu vorteilhaft für Ungarn. Die demagogische Tendenz des »Kassandra-« Briefes tritt somit an jeder Stelle klar hervor und kann nur als ein persönlicher Angriff auf Deák bewertet werden, wie ihn dieser auch ganz richtig betrachtet hat. Ob Ungarn die Möglichkeiten des Ausgleichs vernünftig genutzt oder in übertriebenen Chauvinismus oftmals gegen eigenes Interesse gehandelt hat, ist eine andere Frage. Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß das mehr als 50 Jahre währende Bestehen des Ausgleichs ein Zeichen einer gewissen politischen Lebensfähigkeit darstellt. Der englische Historiker C. A. Macartney schreibt hierzu auf S. 568 seines Werkes *The Habsburg Empire 1790—1918* (London 1968): »The proof of the pudding is in the eating and the case for Dualism ist that it lasted and the Monarchy resting on it lasted for fifty years. This is a long period of life for any Central European Settlement. The life of its successor was a bare twenty«. An diese treffenden Worte sollten ungarische Historiker der neuen Generation und auch der Redaktor der besprochenen Schriftenreihe denken.

Anton Radvánszky

Paris

Niederhauser, Emil: *The Rise of Nationality in Eastern Europe*. Budapest: Kossuth 1976. 339 S.

Es handelt sich um die englischsprachige Ausgabe des 1976 unter dem Titel *Nemzetek születése Kelet-Európában* erschienenen Bandes.

Der Aspekt, unter dem der Verf. diese Thematik bearbeiten will, findet sich auf S. 77: »Nationale Geschichte ist nicht, oder nicht ausschließlich die Geschichte der Herrschenden, sondern genauer gesagt, die Geschichte des Volkes, die Geschichte des einfachen Volkes, denn das einfache Volk macht in seiner Gesamtheit eine Nation aus.«

Davon ausgehend gelangt der Verf. zu einem aufschlußreichen Essay über das Heranreifen des Nationalbewußtseins der einzelnen Völker Ostmitteleuropas. Die Methodik verrät einen marxistischen Ansatz, der aber nicht immer konsequent durchgehalten wird.

Das Jahr 1840 steht am Beginn dieser Betrachtungen. Noch finden wir in Ostmitteleuropa im großen und ganzen gesehen eine Zweiklassengesellschaft der reichen Landbesitzer und der Leibeigenen; sich deutlich abhebende Ausnahmen sind das tschechische (S. 20, 27) und das griechische Bürgertum (S.31) sowie das türkische »Clansystem« (S. 14). Diese adeligen Landbesitzer herrschen auch in Gebieten fremder Nationalität. Die Intelligenz ist noch weitgehend mit dem Klerus identisch. Geringe Rentabilität zwingt zur Einführung neuer Produktionsmethoden. Der Bedarf an diesen neuen Produktionsmethoden und die — regional unterschiedliche — Verbesserung der Infrastruktur bringen die gesellschaftliche Ordnung immer mehr in Bewegung. Die bisherige Verklammerung der einzelnen Nationalitäten (vgl. S. 142) löst sich in dem Maße auf, wie die Identität von Adel und Nation zu verfallen beginnt. Der Bürger (nur am Rande auch der Bauer) wird nun zum Träger nationaler Impulse, die anfänglich nur ein sentimentales Gefühl von Adelligen waren. Das Ziel zeichnet sich ab, die Identität von Staat und Nation herzustellen. Allmählich werden alle Bereiche der Literatur, Musik, Kunst und Architektur von dieser national-revolutionären Bewegung erfaßt.

Die Frage nach der nationalen Vergangenheit, nach dem ursprünglichen Siedlungsgebiet, wird jetzt hochstilisiert. »Es gab viele Ungarn, die nicht Petöfi lasen, einige wenige hörten Erkel und es gab nicht viele, die sich Miklos Barabas' Malereien von Visegrád anschauten. Aber viele Leute wußten vor 1848 sehr gut, daß die Ungarn die Nachkommen des Eroberers Árpád waren, der sie in das Gebiet am Ende des 9. Jhs. geführt hatte« (S. 74).

Einen weiteren wichtigen Untersuchungsgegenstand stellt die Bewußtwerdung der Nationalitäten dar, daß sie in ein diesbezügliches Klassensystem eingebettet sind: Zur ersten Klasse gehören diejenigen Nationalitäten, die ihre Institutionen haben, in denen sie sich repräsentieren können, in denen sie sich — wie die Ungarn — als Staatsvolk verkörpern können. Die nächste Klasse bilden diejenigen, deren Adel und ein Teil des Bürgertums sich bisher in die nächst stärkere Nationalität assimilierte. Zwitterstellungen nahmen Völker ein, wie das rumänische, die zwar ihren eigenen Staat bekamen, auch ihren eigenen Adel hatten, aber nicht in ihrem Siedlungsgebiet auf großungarischem Boden.

Ungarn blieb das Musterbeispiel in der Assimilation fremder Nationalitäten: Der Adel der kleinen Nationalitäten, die die im damaligen Ungarn siedelten, integrierte sich in den ungarischen Adel, in die *natio hungarica*, auch wenn ein Teil seiner Mitglieder kaum Ungarisch sprach. Nicht wenige Teile des deutschen Bürgertums integrierten sich in das ungarische Bürgertum

— eine für die damalige Zeit nicht untypische Erscheinung, denn es lassen sich auch Beispiele aus anderen Ländern finden.

Aus der Vielzahl der dann folgenden Beschreibungen des Entwicklungsganges der einzelnen Nationalitäten seien auf Ungarn bezogene Ausschnitte herausgegriffen: Ungarn zeigte ein ähnliches Entwicklungsmodell wie Polen. Der ungarische Adel machte zu Anfang des 19. Jhs. nicht mehr als 5% der Bevölkerung aus, später bis zu 10%. Die Adeligen verschiedenster ethnischer Herkunft machten die *natio hungarica* aus. Die ethnischen Ungarn (Magyaren) stellen im im damaligen ungarischen Raum kaum die Hälfte der Bevölkerung. Das ganze 19. Jh. hindurch führten die Intellektuellen der nichtungarischen Nationalitäten einen im großen und ganzen betrachtet vergeblichen Kampf, den Integrationsprozeß des eigenen Adels in den ungarischen Adel zu verhindern bzw. die assimilierten Adeligen der eigenen Nationalität zurückzugewinnen.

Der Verf. macht es nicht einfach, das Werk zu beurteilen. Die nötige Stringenz geht dadurch, daß so reichlich Fakten eingearbeitet wurden, manches Mal etwas verloren. Feststellungen wie »Die Landbesitzer arbeiten nicht, die Bauern jeden Tag« (S. 16) sollten etwas stärker differenziert werden. Auch ist für die Zeit vor 1918 bereits die Rede von den »tschechischen« Provinzen Böhmen, Mähren und Schlesien, die einmal fast zur Hälfte (S. 110), dann wieder zur Hälfte (S. 142) von Deutschen besiedelt waren. Durch das Überspringen von einem Zeitraum in den anderen hat der Leser zuweilen Schwierigkeiten, sich in der Systematik zurecht zu finden.

Alles in allem handelt es sich um einen fruchtbaren und anregenden Beitrag zu einem immer wieder kontrovers durchdiskutierten Thema.

Bernd Behning

Zwiesel

Diószegi, István: Hungarians in the Ballhausplatz. Studies on the Austro-Hungarian Common Foreign Policy. Budapest: Corvina 1983. 363 S.

Der Titel des Werkes entspricht nur teilweise seinem Inhalt. »Studien über die gemeinsame Österreichisch-Ungarische Außenpolitik (Unter besonderer Berücksichtigung der ungarischen politischen Bestrebungen)« wäre vielleicht besser gewesen. Der Verf., Professor für neuere Geschichte an der Eötvös Lorand Universität von Budapest (Jahrgang 1930) erwähnt im Vorwort zunächst die Zielsetzung der modernen Geschichtsschreibung der Diplomatie, die internen Motivkräfte der Außenpolitik zu untersuchen. Im Falle der Österreichisch-Ungarischen Monarchie ist dieses erstrebte Ziel wegen deren multinationalen Charakters besonders schwer zu erreichen. Nach Auffassung des Verfs. konnte Ungarn auf die Gestaltung der Außenpolitik nur in den ersten zwei Dezennien nach dem Ausgleich von 1867 Einfluß nehmen, jedoch nie unmittelbar, und nur indem die gemeinsame Außenpolitik den ungarischen Interessen angepaßt wurde; später wäre die Außenpolitik noch »weniger ungarisch« geworden, weil die Budapester Politiker deren Führung vollständig Wien überlassen hätten. Dem kann der Rezensent zum Teil widersprechen, indem er sich auf die Wahrnehmung ungarischer außenpolitischer Interessen im gemeinsamen Ministerrat durch den Grafen István Tisza (Ministerpräsident 3. Nov. 1903—18. Juni 1905 und wieder 10. Juni 1913—15. Juni 1917) und auch durch Benjamin von Kállay, gemeinsamer Finanzminister (1883—1903), dem die Verwaltung von Bosnien-Herzegovina unterstellt war, hinweist.

Die erste Abhandlung (S. 9—20) will eine Einführung in die Änderungen des Geschichtsbildes der Österreichisch-Ungarischen Monarchie geben.

Auf den ersten Seiten sagt der Verf., daß sich die Bewertung der Donaumonarchie zur Zeit ihres Bestehens und nachher in der Historiographie öfters geändert hat — eigentlich nichts Neues. Die Kategorisierung der Ausgangspunkte dieser Änderungen in drei Klassen ist jedoch eigenartig und verrät den marxistischen Historiker. Die Machtpolitik einerseits, die nationalstaatliche Stellungnahme andererseits, werden als Gesichtspunkte der neueren Wertung der Donaumonarchie im Westen vom Verf. zurückgewiesen. Dann entwickelt er den dritten, seiner Meinung nach alleinigen wissenschaftlichen Weg zum Verständnis der Geschichte des Habsburger Reiches, indem er folgende Forderung aufstellt: »common history should be viewed on the basis of a social expectation, from the angle of the brotherly alliance of free peoples«. (S. 20) Dies nennt er einen erhabenen Ausblick (elevated outlook) (S. 20), nachdem er bereits früher (S. 18) das Leninistische Programm »der brüderlichen Verbindung freier Völker« als Hauptgesichtspunkt der Bewertung der Donaumonarchie hervorgehoben hatte.

Der Rezensent fragt sich, ob diese in einem verwickelten Stil vorgetragene historiographische Forderung als konstruktiv für eine historische Untersuchung betrachtet werden kann.

Die zweite Abhandlung befaßt sich mit der Rolle der Österreichisch-Ungarischen Monarchie in internationalen Angelegenheiten des letzten Drittels des 19. Jhs. (S. 21—95) in objektiver Weise, und berücksichtigt die außenpolitischen Anliegen ungarischer und auch tschechischer Politiker. So weit der Rezensent es beurteilen konnte, fand er in ihr auch neuentdeckte Fakten, die vorwiegend auf Materialien des Wiener Geheimen Haus- Hof- und Staatsarchivs beruhen.

Was die Tätigkeit des Grafen Gyula Andrassy anbelangt (ungarischer Ministerpräsident 1867—1871, öst-ung. gemeinsamer Außenminister 1871—1879), anerkennt der Verf., daß das Standardwerk über ihn noch immer Eduard Wertheimers Biographie *Graf Julius Andrassy, sein Leben und seine Zeit* (Stuttgart, 1910—1913, 3 Bände) ist.

Gedankengang und Stil des Autors sind kompliziert und selbst für einen gebildeten Laien schwer verständlich; oft teilt er außerdem seine Meinung über Geschehnisse mit, ohne Beweise zu führen; schließlich setzt er beim Leser eine gewisse Kenntnis der Diplomatie-Geschichte voraus.

Die dritte Abhandlung führt den Titel: »Die Liberale Partei Ungarns und die Deutsche Einheit« (S. 96—142).

Gleich am Anfang unterläuft dem Verf. ein Fehler (S. 96); er schreibt nämlich: »The Habsburg Monarchy, including Hungary, was a member of the German Confederation« und deswegen beeinflusste die Lösung der Deutschen Frage auf nationaler Grundlage unausweichlich auch das Los Ungarns. Zugegeben, daß die Lösung der Deutschen Frage Ungarns Los beeinflussen mußte. Hätte jedoch der Verf. die Abhandlung von Baron Josef Eötvös: »Die Sonderstellung Ungarns vom Standpunkte der Einheit Deutschlands« (1860) — die er oberflächlich bespricht (S. 113, Anm. 13) — aufmerksam gelesen, würde er wahrgenommen haben, daß (laut Eötvös) die spezielle Rechtslage Ungarns, das nicht Mitglied des Deutschen Bundes ist, die Einigung Deutschlands erleichtern könnte; denn Österreich würde sich nur mit seinen alten Erbländern, die zum Deutschen Bund gehören, nicht aber mit Galizien und Ungarn, in das zukünftige Deutsche Reich eingliedern. Der Verf. hätte vielleicht bemerken können, daß die Beweisführung von Eötvös ihm etwas gekünstelt erscheint, er hätte jedoch dessen Standpunkt nicht verschweigen und mitteilen sollen, daß die-

ser 1860 bei einer Audienz Kaiser Franz Josef beschwor, sich an die Spitze der Deutschen Einheitsbewegung zu stellen; es ist bezeichnend, daß Eötvös dasselbe beim Kaiser noch einmal 1863, vor dem Frankfurter Fürstentag, versuchte.

Die zahlreichen Zitate aus den Jahren 1862—1870, aus den Zeitungsartikeln von Baron Zsigmond Kemény, dem führenden Publizisten der Liberalen Ungarns, sind interessant, geben jedoch nicht immer die abgewogenen Ansichten der liberalen Politiker wieder. Aufschlußreicher sind die Zitate aus Reden ungarischer Politiker in den »Delegationen« nach 1867 (Delegationen: Ausschüsse des Österreichischen und Ungarischen Parlaments, von je 60 Mitgliedern, zur Kontrolle der gemeinsamen Ministerien).

Im Allgemeinen stellt Prof. Diószegi richtig fest, daß die Furcht vor Rußland ein Hauptmotiv der außenpolitischen Anschauungen der liberalen ungarischen Politiker war. Leider wirft Prof. Diószegi auch in dieser Abhandlung Zeitdaten hin und her, ohne sich allzusehr um die Chronologie zu sorgen; außerdem begründet er öfters nicht seine peremptorischen historischen Urteile; manchmal unterläßt er bei der Erwähnung eines diplomatischen Ereignisses zu erklären, um was es sich handelte, z. B. bei Erwähnung der Drei-Kaiser-Politik (S. 137).

Dies alles erschwert das Lesen und Verstehen der Abhandlung. Der Rezensent erinnerte sich manchmal bei ihrem Durchlesen des geflügelten Wortes: Warum einfach, wenn es auch kompliziert sein kann?

Die vierte Abhandlung »Andrássy und das Orientproblem im Sommer 1875« (S. 143—179) unterzieht die Außenpolitik des Grafen Julius Andrássy (Gemeinsamer Außenminister 1871—1879) einer scharfen Kritik vorwiegend auf Grund zweier Dokumente, erstens: »Protokoll über die vom 29. Jänner 1875 unter dem Allerhöchsten Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers abgehaltene Konferenz« (Neuentdeckt im Kriegsarchiv Wien, Militärkanzlei. Hauptreihe 69/2/1875) zweitens: Schreiben Andrássys vom 30. August 1875 aus Terebes an den Kaiser Franz Josef (Haus- Hof- und Staatsarchiv Wien, Kabinettsarchiv, Geheime Akten K 18).

Die Orientfrage — wie Prof. Diószegi es richtig feststellt — wurde wieder aktuell infolge des im Juli 1875 ausgebrochenen Aufstandes in der Herzegovina. Ausgehend von den zwei oben erwähnten Dokumenten kann man jedoch nach Überzeugung des Rezensenten Graf Andrássy nicht der Inkonsequenzen bzw. der Fehler bezichtigen, die Diószegi ihm vorwirft, daß nämlich Andrássy an der Konferenz vom 29. Januar 1875 seinen über die Balkanfrage eingenommenen ursprünglichen Standpunkt als ungarischer Ministerpräsident (1867—1871) änderte, mag deswegen nicht kritisiert werden, weil eben sich die Lage geändert hatte. Die Übernahme von Bosnien-Herzegovina durch Serbien, die er noch als Ministerpräsident befürwortete, wurde unter den veränderten Umständen für die Monarchie unannehmbar, und die eventuelle Okkupation beider Länder mußte erwogen werden; außerdem war die Verfolgung der alten politischen Linie des Ballhausplatzes das Gebot der Stunde. Die abschätzende Bemerkung des Verf., daß »jedweder österreichischer Karrierdiplomate ebenso, sogar besser gehandelt hätte« (S. 145), scheint dem Rezensenten mutwillig; ebenfalls ist er überzeugt, daß die Interpretation, die der Verf. dem Schreiben Andrássys (vom 30. August 1875 an den Kaiser) gibt, unbegründet ist. Der Rezensent, der in seinen jungen Jahren im ungarischen diplomatischen Dienst stand, möchte zur Erläuterung seines Standpunktes bemerken, daß Gesandte, falls sie ihren besonders vertraulichen Informanten — der evtl. ein Beamter der Gegenseite war — nicht bloßstellen wollten, seinen Namen in diplomatischen Berichten unerwähnt ließen. Es wäre also möglich,

daß Gortschakow im vertrauten Kreis die betreffende Äußerung tat. Als dem Grafen Andrassy während seiner Sommerfrische in Terebes der Inhalt des bezüglichen Telegrammes mitgeteilt wurde, schrieb er dem Kaiser ganz einfach einen politischen Bericht, in dem er sachlich entwickelte, daß der Plan Gortschakows überhaupt keine Chancen hätte, durchgeführt zu werden. Diesen sachlichen Ton Andrassys anerkennt auch Prof. Diószegi; er wirft ihm jedoch vor, ohne zusätzliche Informationen eingeholt zu haben, sogleich zur Verurteilung der Russischen Politik übergegangen zu sein. Andrassy erläuterte dem Kaiser nämlich, daß der Inhalt des Telegrammes nur die Unwandelbarkeit der traditionellen russischen Politik zeigte; Diószegi nennt Andrassy »einen Hitzkopf-Aristokraten«, dem die angebliche Äußerung Gortschakows genügte, um sich über Rußland eine »ungünstige«, »gehässige« und »tadelnde« Meinung zu bilden (S. 173). Nach Beurteilung durch den Rezensenten benützte Andrassy nur die Gelegenheit, um dem Kaiser seine motivierte Meinung über die russische Balkanpolitik auseinanderzusetzen; seine Überzeugung war dermaßen begründet, daß in Anbetracht der späteren Ereignisse (Russisch-Türkischer Krieg 1877 usw.) wir auch von einer richtigen Voraussicht Andrassys sprechen könnten.

Die fünfte Abhandlung führt den Titel: »Das letzte Vierteljahrhundert der Machtpolitik« (S. 180—250).

Tatsächlich befaßt sie sich mit europäischen außenpolitischen Problemen seit den siebziger Jahren des 19. Jhs. bis zum Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, im Lichte der nationalen Bestrebungen der Völker des Habsburger Reiches. Nach einer kurzen Erwägung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Monarchie geht der Verf. zur Analyse der öffentlichen Reaktionen ihrer wichtigsten Völker auf die Außenpolitik über. Erklärungen bzw. Äußerungen der Deutschösterreicher, der Ungarn, der Tschechen, der Polen und der Kroaten werden unter die Lupe genommen. Der Pangermanismus der Deutschösterreicher, der nach vollständiger Unabhängigkeit strebende Chauvinismus der Ungarn, die Austrophobie der Tschechen, die südslawischen Aspirationen der Kroaten, die Loyalität der Polen werden kritisch besprochen. Nach ganz guten Beispielen gibt der Verf. auch ein unseres Erachtens falsches Beispiel, um die Steigerung des Chauvinismus anfangs des 20. Jhs. zu veranschaulichen. Er schreibt, daß Franz Deák, der Schöpfer des Ausgleiches, um 1867 das unabdingbare Primat der Reichsinteressen in den Österreichisch-Ungarischen Beziehungen betonte, während Graf Stefan Tisza um die Jahrhundertwende erklärte, daß »Ungarn sich nicht den Reichsinteressen unterordnen müsse« (S. 185). Der Verf. teilt nicht mit, wo und wann sich Deák bzw. Tisza so geäußert hätten. Der Rezensent konnte den erwähnten Äußerungen nicht nachgehen, gleichwohl erinnert er sich, daß Deák und Tisza, als Ministerpräsident, stets dasselbe sagten, nämlich daß die Reichs- und die ungarischen Interessen in Einklang gebracht werden mußten.

Der Besprechung der »Chauvinismen« folgt die Analyse der Außenpolitik der gemeinsamen Außenminister, von Kálnoky (1881—1918) in der sich stets ändernden politischen Lage, mit bezüglichen Reaktionen österreichischer bzw. ungarischer Politiker, militärischer Führer und Presseleute beider Staaten. Der in den Delegationen gehaltenen außenpolitischen Reden wird ebenfalls gedacht.

Der Verf. kümmert sich auch in diesem Abschnitt wenig um Chronologie; er unterläßt außerdem, die Amtsperioden der einzelnen gemeinsamen Außenminister mitzuteilen, die er doch leicht bei Erwin Matsch (Geschichte des Auswärtigen Dienstes von Österreich-Ungarn 1720—1920. Wien 1980) hätte finden können.

Der erste und zweite Balkankrieg 1912—1913 werden jedoch teilweise auf Grund neuerer Quellen geschildert.

Über den ersten Weltkrieg bringt der Verf. eigentlich nichts Neues, obzwar bekannte Begebenheiten sozusagen in einer modernen Aufmachung dargestellt werden.

Das Auseinanderfallen der Monarchie noch vor Ende der Feindseligkeiten 1918 wird als eine historische Notwendigkeit ausgelegt. Darüber könnte man sich auch unter Historikern streiten.

Zum Schluß der Abhandlung macht der Verf. eine kategorische, jedoch den Tatsachen widersprechende Mitteilung: »Die Unterschrift auf dem den Krieg beendenden Waffenstillstandsabkommen von Padua war nicht mehr die von Österreich-Ungarn, sondern die von Deutsch-Österreich« (S. 253). Demgegenüber steht fest, daß die Österreich-Ungarische Heeresleitung am 3. November 1918 in Padua, in der Villa Giusti, dem Italienischen Hauptquartier, ein Waffenstillstandsabkommen mit General Diaz, dem Italienischen Oberbefehlshaben, unterzeichnete. (Siehe Gratz Gusztáve, A forradalmak kora, Magyarorszag története 1918—1920, Budapest 1935, S. 44—47; auch Réval Nagy Lexikona, unter Stichwort Padua und Világháboru).

Der Rezensent fragt sich, warum Prof. Diószegi eine Tatsache, die er kennen muß, so unbeachtet läßt? Vielleicht um das Faktum seiner Theorie vom Zerfall der Monarchie noch vor Ende der Feindseligkeiten anzupassen?

Außerdem fühlt sich der Rezensent veranlaßt, in der Analyse der Reaktionen während des Weltkrieges (S. 242—253) eine bemerkenswerte Lücke feststellen zu müssen: Der Verf. erwähnt weder noch bespricht er das bekannte Werk Friedrich Naumanns (*Mittleuropa*. Berlin 1916). Diese gründliche Auseinandersetzung von einem angesehenen Mitglied des Deutschen Reichstages mit den Problemen Mitteleuropas, als man noch auf einen Sieg bzw. auf einen anständigen Verhandlungsfrieden hoffen konnte, hätte seitens des Verf. eine eingehende Erörterung verdient.

Im allgemeinen erlaubt sich der Rezensent wiederum den komplizierten Stil des Verf. und seine auf vorgefaßten Thesen beruhende Historiographie zu beanstanden. Auch deswegen kann die Abhandlung selbst einem sehr gebildeten Laien zum Lesen nicht empfohlen werden; nur äußerst geschulte Fachleute dürften sie nutzbringend — auch infolge der zahlreichen mitgeteilten alten und neuen, mitunter interessanten Dokumente — durchstudieren können.

Der sechsten Abhandlung (»Die Ungarischen Oppositionsparteien und die gemeinsame Österreichisch-Ungarische Außenpolitik (S. 266—319) widmet der Rezensent nur eine kürzere Besprechung, weil er diesmal loben möchte, denn sie ist nicht nur sehr interessant und für den gebildeten Laien lesbar, sondern sie gibt auch einen guten Überblick über die Entwicklung des ungarischen Parteienwesens von 1867 bis 1918.

Die Partei von Franz Deák, seit den sechziger Jahren auch Deák-Partei genannt und die seit 1867 als Regierungspartei, dann nach ihrer Fusion 1875 mit der Partei Koloman Tisza's unter dem Namen »Liberale Partei« wirkte, die als Reaktion auf die kirchenpolitischen Gesetze der neunziger Jahre gegründete »Katholische Volkspartei«, die sog. »Demokratische Partei (seit 1901)«, die »Radikale Partei« (seit 1914), die Sozialdemokratische Partei (seit 1890) werden erwähnt und teilweise besprochen.

Für das Thema des Verfs. ist jedoch die »Unabhängigkeitspartei« die eine Loslösung von Österreich betreibende führende Oppositionspartei, am wichtigsten. Er schildert ihre Entwicklung und charakterisiert verschiedene ihrer führenden Persönlichkeiten.

Im Ganzen haben wir es hier mit einer interessanten und lehrreichen Abhandlung zu tun, wenn der Rezensent auch nicht mit allen Folgerungen bzw. historischen Thesen einverstanden sein und nicht der steten Nichtbeachtung der Chronologie zustimmen kann.

In der siebenten Abhandlung (»Der Ungarische Nationalismus und der Zerfall der Monarchie«) (S. 320—345) gibt der Verf. seine Quellen nicht an; deren Ermittlung ist demzufolge äußerst erschwert. Einige theoretische Gedankengänge dienen als Einführung zum Problem des Zerfalls der Monarchie. Dann stellt der Verf. fest, daß in den letzten fünfzig Jahren die nationalen Historiographen der damaligen elf Nationalitäten der Monarchie in gewisser Hinsicht einer allgemeinen Norm/Standard folgten, indem sie die Unterdrückung im Vielvölkerreich den nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen gegenübersetzten und den Zerfall Österreich-Ungarns als die Wiederherstellung nationaler Unabhängigkeit begrüßten (S. 320). Diese Behauptung scheint dem Rezensenten eine etwas oberflächliche Verallgemeinerung zu sein, denn sie entspricht den Tatsachen nur zu einem gewissen Teil; es gab ja zahlreiche Historiker der Nachfolgestaaten, die die Zerstörung der Monarchie bedauerten und trotz den von ihren Führern begangenen Fehlern ihre positiven Leistungen entsprechend würdigten. Der Verf. stellt bei den ungarischen Schöpfern des Ausgleichs eine Austro-Ungarische Überzeugung fest, deren politische Ausstrahlung noch ungefähr zwanzig Jahre dauerte, weil eben die 1867 entstandene Doppelmonarchie den Ungarn, die nur eine ungarische auch die Nationalitäten umfassende »Politische Nation« anerkannten, in ihrem Lande eine freie Hand gab. Er bemerkt, daß der Ausgleich die Habsburger Monarchie konsolidiert hatte, unterstellt jedoch, daß die ungarische nationale Bewegung von Anfang an aus ihren außenpolitischen Projekten ein reichspolitisches Programm, das deutsche bzw. russische Expansionsbestrebungen verhindern sollte, schmieden wollte. (S. 327). Dann spricht der Verf. folgenden kategorischen Satz aus: Zur Zeit des französisch-preußischen Krieges (also 1870—1871) bereitete sich Ungarn vor, gegen Preußen und Rußland zu marschieren, an der Seite des siegreichen Frankreich (S. 327). Vielleicht gab es vor Sedan einen Zeitungsartikel in diesem Sinne, den aber Prof. Diószegi nicht vermerkt; jedoch daß Ungarn sich zu einem solchen Marschieren vorbereitete, ist nach Ansicht des Rezensenten ein falsche Nachricht. Demgegenüber steht fest, daß Graf Andrassy, der ungarische Ministerpräsident, im Kronrat vom 18. Juli 1870 die öffentliche Neutralitätserklärung der Monarchie durchsetzte (Dies ist im betreffenden Protokoll des Kronrates nachprüfbar; siehe auch: Gratz, Gusztáv, A dualizmus kora. Budapest 1934, S. 99—100). Der Verf. behauptet außerdem, daß die Sitzungsprotokolle des gemeinsamen Ministerrates über die Identität der nationalistischen außenpolitischen Forderungen von Ministerpräsident Andrassy und des im Exil lebenden Ludwig Kossuth Aufschluß geben würden; die betreffenden Quellen gibt er jedoch nicht an (S. 327). Auch demzufolge ist der Rezensent nicht von der Stichhaltigkeit dieser Behauptung überzeugt. Richtig ist demgegenüber die Feststellung, daß seit Ende des 19. Jhs. die Austrophilen in der öffentlichen Meinung Ungarns fortlaufend zu Gunsten eines extremen Nationalismus an Boden verloren (S. 330—333). Die Chauvinisten forderten die Magyarisierung der Armee, der Außenpolitik, des Zollwesens (S. 334), sie erschütterten den politischen Unterbau des Vielvölkerstaates und trieben die mit dem Dualismus allenfalls unzufriedenen Nationalitäten zur weiteren Unruhestiftung (S. 336). Nach Ausbruch des Weltkrieges war der zwischen den Parteien geschlossene Burgfriede nur von kurzer Dauer und brach infolge Enttäuschungen im Laufe des Krieges — wie der Verf. richtig feststellt —

zusammen; außerdem waren während des Krieges die vermeintlichen, von der Opposition betonten ungarischen Interessen den Reichsinteressen entgegenge-
setzt (z. B. Sicherstellung der Versorgung, finanzielle Belastungen etc.).

Anschließend philosophiert der Verf. über die von der Opposition in Betracht gezogene Eventualität des Anschlusses Österreichs an ein siegreiches Pangermanistisches Deutschland, das die Wirksamkeit des ungarischen Nationalismus hätte beeinträchtigen können (S. 342). Der Verf. behauptet auch kategorisch, daß nach Ansicht der ungarischen Opposition infolge des Zusammenbruchs Rußlands 1917 das multinationale Habsburger-Reich sein »raison d'être« verloren hätte (S. 342). Schließlich stellt er fest, daß ein Austro-Hungarismus am Ende des Krieges in Ungarn nicht mehr existierte, weil Ungarn den Dualismus als maximale Konzession der Eigenstaatlichkeit betrachtete und von einer Föderalisierung der Monarchie nichts wissen wollte.

Die englische Übersetzung, der Verf. hatte ja seine Abhandlungen auf ungarisch geschrieben, ist im ganzen ausgezeichnet; der Übersetzer Herr K. Balás und Frau Mary Borsos, die den schwierigen Text nochmalig durchgesehen und verbessert hat, verdienen höchstes Lob; selbstverständlich konnte der Rezensent nicht kontrollieren, ob die Übersetzung den ungarischen Sinn immer treu genug wiedergibt. Zu erwähnen sind einige Ungenauigkeiten im Namensverzeichnis: Z. B. Baron Giesl (1860—1936) war nicht »Botschafter« in Belgrad, sondern nur Gesandter, denn damals waren Botschafter nur von und bei Großmächten akkreditiert. Das Wort Historiker wird manchmal als »historian« manchmal »writer in History« übersetzt; dies kommt vielleicht daher, daß im Ungarischen »történész (Historiker) und »történetíró« (Geschichtsschreiber) synonyme Begriffe sind. Die Abbildungen sind mit einigen Ausnahmen nur mittelmäßig.

Die Fragestellung ist berechtigt, warum dieses Werk von Prof. Diószegi in Ungarn eben in englischer Sprache verlegt wurde? Vielleicht darum, die Vermutung liegt nahe, weil es von führenden marxistischen Historikern Ungarns als Standardwerk betrachtet, die britische und amerikanische Historiographie beeinflussen sollte? Ob dieses Ziel erreicht wird, hängt im hohen Grade vom Scharfsinn und kritischen Talent anglo-amerikanischer Historiker ab.

Anton Radvánszky

Paris

Krusenstjern, Benigna von: *Die Ungarische Kleinlandwirte-Partei (1909—1922/1929)*. München: Trofenik 1981. 316 S. = *Studia Hungarica* 18.

Hier wird das Bild einer ursprünglich bäuerlichen Partei gezeichnet, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg dem Bauerntum eine politische Vertretung zu schaffen bemüht war, zunächst sich nur auf die Klein- und Mittelbauern stützend, die Landlosen aber ausschließend. 1908 gelingt es dem Kleinlandwirt István Szabó als 45-jähriger ins Parlament gewählt zu werden. Der Verband Ungarischer Kleinlandwirte beginnt seine Aktivität in den westungarischen Komitaten Somogy und Veszprém, wird aber an der Durchführung seiner Absichten durch Budapest weitgehend behindert. Das politische Programm zielte auf eine Bodenreform, die insbesondere dem Mittelbauerntum, aber auch den Kleinbauern eine gesunde Lebensgrundlage schaffen sollte. 1909 wird dann die

eigentliche Kleinlandwirte-Partei gegründet, jetzt aus Südwest-Ungarn bereits ins Alföld übergreifend, mit der Parteizentrale in Budapest. Kredit- und Warenverkehrsgenossenschaften schufen eine materielle Grundlage. Bei den Landtagswahlen 1910 wurden 15 Mandate gewonnen, davon 8 in Transdanubien, ein erstaunliches Ergebnis bei nur 6,5 % Wahlberechtigten (gemessen an der Gesamtbevölkerung); allerdings sank die Zahl der Mandate bis 1914 wieder auf 4 herab. Gegen Kriegsende belebte sich die Parteitätigkeit wieder; man war bestrebt, nun auch die Kleinhandwerker, die Kleinkaufleute und die Dorfintelligenz zu erfassen, in der Führungsschicht waren Pfarrer, Lehrer, Notare, Rechtsanwälte und einige Unternehmer vertreten. Eine gewisse nationalistische Note fehlte nicht: So sollte das Wahlrecht von der Kenntnis des Madjarischen abhängig gemacht werden und während des Krieges gab es Tendenzen für ein selbständiges ungarisches Heer.

1918 tritt die Partei für die Demokratie ein; im Programm fehlt jedoch jede Radikalität gegenüber dem Großgrundbesitz. Die Revolution gab dann neue Anstöße zur Aktivität und brachte Erfolge bei den Wahlen.

Die Darstellung der Wahlrechtsverhältnisse erfaßt nur einige Aspekte und enthält eine Reihe von Fehlern. So ist mehrfach von geheimen Wahlen in den Städten die Rede. Das geheime Wahlrecht war entsprechend dem Willen der Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg im gesamten Staatsgebiet eingeführt worden und wurde bei den Wahlen 1920 angewandt. Aber schon 1922 wurde es auf Budapest und Umgebung und die vier Königlichen Freistädte beschränkt. Dies bedeutete eine Verringerung der bisher über 3 Millionen Wahlberechtigten um 750.000. Ein neues Gesetz reduzierte die Anzahl der Wahlberechtigten um die Jahreswende 1926/1927 nochmals, d. h. von 29,5 auf 26,6 % der Bevölkerung. Erst die Wahlen vom Mai 1939 wurden wieder mit geheimer Stimmabgabe durchgeführt.

Mit der Revolution wurde Szabó Vizepräsident des Komitâts-Nationalrats und trat an die Spitze des Rates der Kleingrundbesitzer und Landarbeiter. Zu Beginn des Jahres 1919 ist Szabó Minister in der Koalitionsregierung mit der Károlyi-Partei und den Sozialdemokraten, verantwortlich ist er u. a. für die Bodenreform. Die Vorstellung zielt auf eine Besitzstruktur von Betrieben um 10—15 kj, sowie 3 kj für Kleingewerbetreibende. Unter der Räteherrschaft zieht sich Szabó zurück, aber ab Herbst 1919 bis Februar 1922 sind die Kleinlandwirte Regierungspartei, zugleich strömt viel Intelligenz in die Parteiführung.

Die Partei erhebt jetzt Anspruch auf eine führende Rolle. Die neue Gesellschaft soll durch das Zusammengehen von Herren und Bauern gekennzeichnet sein, die Führung soll die Intelligenz übernehmen. Bei den Wahlen 1920 werden die Kleinlandwirte mit 71 Abgeordneten stärkste Partei. Im Juli 1920 gelingt es Bethlen, die Kleinlandwirte in seine Einheitspartei einzugliedern, aber bei der Bodenreform bleiben Szabós Vorschläge weitgehend unberücksichtigt; im August 1920 wird er Landwirtschaftsminister. Die Wahlen von 1922 fanden mit einer erheblich geringeren Zahl von Wahlberechtigten statt, dementsprechend sank die Anzahl der Abgeordneten der alten Kleinlandwirte-Partei. Am 22. Oktober 1924 trat Szabó enttäuscht zurück und starb unmittelbar darauf. 1924—1930 werden wiederholt Versuche zur Wiederbelebung der alten Kleinlandwirte-Partei unternommen, 1930 gelingt der Durchbruch. Bei den Wahlen am 4. 11. 1945 erhält die Partei 57 % der Stimmen, um dann allerdings bald stark abzunehmen. Überzeugend sind die Schlußbetrachtungen der Verfasserin: Es wird einerseits die Richtigkeit des Entschlusses hervorgehoben, sich der Intelligenz zu öffnen, andererseits die Konzeptionslosigkeit der

Partei in den Jahren 1920/1921. Die Wandlung von der kleinen Oppositionspartei zur größten Partei des Landes wurde zwar äußerlich vollzogen, aber inhaltlich nicht. Es fehlte die innere Geschlossenheit, auch war sie nie in der Lage, den Ministerpräsidenten zu stellen.

Abschließend möchte ich sagen, daß bei den gegebenen politischen Machtverhältnissen eine Partei mit entschiedenen agrarpolitischen Reformvorstellungen in diesen Nachkriegsjahren in Ungarn zwangsläufig scheitern mußte.

Helmut Klocke

Pöcking

Lencsés, Ferenc: *Mezőgazdasági idénymunkások a negyvenes években* [Die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter in den vierziger Jahren]. Budapest: Akad. Kiadó 1982. 175 S. = Agrártörténeti tanulmányok 10.

Das Buch ist in acht Abschnitte gegliedert: 1. Geschichte der Saisonarbeiter; 2. Die Arbeiterwanderung; 3. Arbeitsvertrag, Arbeitsumstände; 4. Arbeitslohn; 5. Die staatliche Arbeitskräftewirtschaft; 6. Verdienstverhältnisse; 7. Unterbringung, Ernährung; 8. Die soziale Lage der Saisonarbeiter. Saisonarbeiter gab es in Ungarn seit Mitte des 18. Jhs., ihr zahlenmäßiger Bedarf hing mit dem Wechsel der Anbauarten zusammen (z. B. Umstellung auf Zuckerrübenanbau). Als billige Arbeitskräfte wurden Slowaken aus dem Gebirge herangezogen. Während der Räterepublik wurden zwar die Löhne heraufgesetzt, die Betriebsleitung lag in vielen Fällen aber noch in der Hand der alten Eigentümer. Während der Weltwirtschaftskrise stieg die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter bis auf eine halbe Million an, während der Reallohn etwa auf die Hälfte sank. Von 1933 bis 1940 stiegen die Löhne zwar an, aber natürlich war 1940 die Kaufkraft erheblich geringer als 1910.

Die Arbeitsverhältnisse waren durch 150 bis 180 Arbeitstage im Jahr gekennzeichnet, der Arbeitsplatz lag meist im Dunántúl. In den Jahren 1935 bis 1941 betrug der Anteil der Arbeitslosen unter den Landarbeitern zwischen etwa einem Achtel und einem knappen Viertel. Zwischen beiden Weltkriegen bestand keine Überprüfungsstelle für die Arbeitsverträge.

Die Lage der ungarischen Landarbeiter in Deutschland wird unter verschiedenen Aspekten beschrieben, läßt aber ein eindeutiges Urteil vermissen. Unterstrichen wird die schwierige Gewöhnung an das andersartige Essen.

Von der Unterbringung, der Ernährung und der Wasserversorgung der Wanderarbeiter in Ungarn wird ein düsteres Bild gezeichnet. Dabei wird auf viele konkrete Einzelheiten eingegangen.

Bei dieser umfassenden, mit vielen Fakten belegten Arbeit, die zweifellos die elende Lage breiter agrarischer Schichten konkret erfaßt und beurteilt, ist trotzdem zu fragen, ob die negativen Zustände nicht zu stark herausgestellt und für einen so erheblichen Teil der Agrarbevölkerung als maßgeblich angesehen werden können, wie dies bei einer schärferen Differenzierung der Lebensumstände wohl nicht in dem Ausmaß zum Ausdruck gekommen wäre.

Helmut Klocke

Pöcking

Hoppál, Mihály: *Ipolyi Arnold*. Budapest: Akad. Kiadó 1980. 220 S. = A Múlt Magyar Tudósai.

Die Ungarische Akademie der Wissenschaften wird 1986 anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr des Todestages von Ipolyi ihm zu Ehren eine feierliche Sitzung abhalten. Aus diesem Anlaß soll auch das Hauptwerk Ipolyis, *Magyar Mythologia* [Ungarische Mythologie], mit einer Biographie aus der Feder desselben Autors neu veröffentlicht werden. Da die Rezensentin eine langjährige Forschungsarbeit sowohl in kirchlichen wie staatlichen Archiven demselben Thema gewidmet hat, erlauben sich einige kritische Bemerkungen.

Arnold Ipolyi (1823—1886), eigentlich Arnold Stummer, stammte aus einer deutschen Familie, die 1741 von Maria Theresia in den ungarischen Adelsstand erhoben wurde. Er wurde nicht nur Apostolischer Bischof und Geheimer Hofrat, sondern auch ein international bekannter und anerkannter Gelehrter, Mitglied zahlreicher ungarischer und ausländischer wissenschaftlicher Gesellschaften. So gehörte er z. B. der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, dem Zentralkomitee für Architektur und Kunstdenkmäler zu Wien, dem Vorstand des Germanischen Nationalmuseums zu Nürnberg und dem Königlich-Dänischen Archäologischen Institut an. Er war ein erfolgreicher Geschichtsforscher (besonders der Kunstgeschichte), aber auch ein Begründer der modernen ungarischen Ethnographie. Angeregt durch Jacob Grimm — zu dem er in freundschaftlicher Beziehung stand — sammelte, systematisierte er und gab die ungarische Mythologie heraus und regte damit auch die wissenschaftliche Erforschung der Folklore an. Gleichzeitig trug er auch die in Ungarn verbreiteten deutschsprachigen mythologischen Sagen, Märchen und Gebräuche zusammen, die er meist in der »Zeitschrift für deutsche Mythologie und Sittenkunde« in Göttingen und in den »Österreichischen Blättern für Literatur und Kunst« veröffentlichte. Neben sechs großangelegten Werken erschienen von Ipolyi zahlreiche kleinere Abhandlungen, die nach seinem Tode in fünf Bänden neu aufgelegt wurden (*Kisebb Munkái, Budapest 1887—1888*).

Nach dem Taufmatrikel wurde Arnold Matthias Aloysius Vendelin Stummer am 22. Oktober 1823 im Dorf Disznós (Komitat Hont, Filiale von Felsőzsember) geboren. Disznós war ein Besitz der Mutter (Arzenia Szmrecsányi), während das Gut des Vaters in Ipolykeszi der Ort seiner Kindheit war. Leider sah Hoppál die Urkunden nicht ein, sondern übernahm die bisherigen falschen Angaben der Literatur und somit ist bei ihm sowohl der Geburtsort wie das Geburtsdatum irrtümlich.

Arnold Stummer benutzte bei seinen Publikationen den Namen Ipolyi, jedoch als Pseudonym, denn mehrere seiner Bemühungen, für sich und seine Geschwister den Namen »Ipolyi-Stummer« führen zu dürfen, wurden von den Behörden abschlägig beschieden. Erst nach seinem Tode erlaubte das Innenministerium der Familie, den Namen Stummer auf Ipolyi abzuändern. Leider verweist der Verf. auf diese Tatsache überhaupt nicht und verwendet sogar bei dem Vater des Bischofs ausschließlich den Namen »Ipolyi«.

Als Priester der Erzdiözese Gran wurde Stummer bald Pfarrer in einem kleinen slovakischen Dorf bei Preßburg. Dabei erlernte er auch die slovakische Sprache und begann seine wissenschaftliche Arbeit. Hoppál schreibt (S. 113), der damalige Erzbischof von Erlau habe Stummer eine lukrativere Pfarrstelle angeboten. Die Wahrheit hingegen ist die, daß Stummer — wie seine Korrespondenz mit Erzbischof Béla Bartakovics von Erlau beweist — nicht eine reiche Pfarrei, sondern die Nähe des ungarischen Komitatenzentrums Erlau mit seinen Bibliotheken und Buchhandlungen begehrte. Deswegen ersuchte er Kar-

dinalprimas János Scitovszky, ihn aus seiner Diözese nach Erlau zu entlassen und so wurde er im Mai 1860 Pfarrer zu Törökszentmiklós. Diese Pfarrei war auch nicht reicher und besser als die vorherige, eine rein ungarische und in der Nähe von Erlau und somit für wissenschaftliche Arbeit günstiger. Hier, in dieser Diözese, wurde er auf Vorschlag des Erzbischofs am 12. März 1863 zum Domkapitular ernannt, welche Stelle er bis zum Herbst 1875 — also auch in den ersten Jahren seiner Tätigkeit als Bischof von Neusohl (Besztercebánya, Banska Bystrica) — beibehielt.

Im Mittelpunkt der Betrachtung Hoppáls steht natürlich das Hauptwerk Ipolyis, die *Ungarische Mythologie*. Ausführlich stellt er Werdegang, Inhalt und deren wissenschaftliches Echo dar. Eingehend befaßt er sich mit der Diskussion zwischen Antal Csengery und Arnold Stummer, wobei er als marxistischer Folklorist natürlich Csengery Recht gibt, der im Gegensatz zu Stummer den Weg der Entwicklung nicht vom Monotheismus über Politheismus zum Pantheismus, sogar zum Atheismus, sondern umgekehrt vom Politheismus zum Monotheismus sah. Leider erfährt der Leser aus Hoppáls Schrift aber nicht, worum eigentlich die wissenschaftliche Diskussion ging. Auch ist der Darstellung nicht zu entnehmen, daß die *Ungarische Mythologie* keinem Selbstzweck diene, übrigens ebensowenig wie das Gesamtwerk Ipolyis.

In der Tat war Ipolyis historisch-wissenschaftliche Konzeption für seine Zeit bahnbrechend. Als Gelehrter und Mensch ließ sich Stummer nach eigener Darstellung durch den Gedanken inspirieren, inwieweit die Wissenschaften, die Einzelpersonen und die Nationen zur historischen Entwicklung beitragen können. Denn nach ihm folgt »die geschichtliche Entwicklung nicht den Pfaden der blutigen Schlachten; die Größe der Nationen und der Völker wird nicht an der Zahl der siegreichen Gefechte und der unterjochten Länder gemessen... sondern vielmehr an den Verhältnissen der Zivilisation. Wir müssen darin wetteifern, wer der Menschheit mehr Nutzen bringen kann«.

Gleichzeitig wertet Ipolyi die nationale historische Entwicklung nicht als pures epigonales Abbild der gesamteuropäischen. Vielmehr erkennt er in der geschichtlichen Entwicklung Ungarns eine eigenständige, nationale Linie, die sich kreativ in die universale Entwicklung einfügt und deren Bestandteil sie ist. Denn »es gibt keinen einzigen Punkt der christlich-europäischen Entwicklung, und damit des geschichtlichen Fortschritts, mit dem unsere Nation nicht Schritt gehalten hätte, wenigstens soweit sie konnte«.

Diese moderne, den Provinzialismus weit überholende Geschichtsauffassung Stummers paarte sich mit der Anwendung der strengen, exakten wissenschaftlichen Methode. Wie sorgfältig diese Methode war, kann z. B. an seiner Arbeit über die alte Erlauer Kathedralkirche abgelesen werden, die von den Türken zerstört worden war. Anhand exakter Quellenkritik und Analyse rekonstruierte er in allen Einzelheiten diese gotische Kathedrale; und die in den letzten Jahren durchgeführten archäologischen Ausgrabungen haben Ipolyis Ausführungen in allen Details bestätigt. Mit ähnlichem wissenschaftlichem Apparat und scharfer Quellenkritik behandelte er z. B. die Geschichte der Zisterzienserabtei von Apátfalva (alter Name: kun-béli Háromkut). Er hielt nämlich für eine wissenschaftliche Arbeit die Erforschung der Quellen und anhand dieser die kritische Sichtung der Sekundärliteratur für unerlässlich.

Leider ist von diesem Geist Ipolyis in der Arbeit Hoppáls wenig zu spüren. Sie wurde weder mit wissenschaftlichem noch mit historischem Anspruch erstellt, der Verf. gibt selbst zu, daß er die Sichtung der Quellen nicht für nötig hielt. Noch gravierender ist es, daß er Gedanken und Passagen von manchen Autoren, wie z. B. von Antal Pór, ohne Anmerkung oder Zitat übernimmt. So-

mit ist es zu bedauern, daß die Ungarische Akademie der Wissenschaften ein Büchlein ohne wissenschaftliche Ansprüche ausgerechnet über jenen Gelehrten herausgab, der die wissenschaftliche Begründung mehrerer wissenschaftlicher Disziplinen in Ungarn ausarbeitete.

Maria Baranyi

Königswinter

UNGARN NACH 1945

1980. *Évi népszámlálás. 21. Demográfiai Adatok.* Budapest: Központi Statisztikai Hivatal 1980. 582 S.

Dieser umfangreiche Band ist besonders auch wegen seiner zeitlich weit zurückliegenden Angaben — z. T. bis zur ersten Volkszählung von 1870 — eine unter vielen Aspekten informierende und für die verschiedensten Auswertungen gut verwendbare Veröffentlichung. Ein zusammenfassendes Kapitel bietet auf 13 S. Texte und Tabellen zu den typischen Zügen der Entwicklung der demographischen und der Bildungsverhältnisse. Der Tabellenteil bringt auf 70 S. zusammenfassende Angaben, denen die nach Sachzusammenhängen und altersmäßiger Gliederung aufgefächerten Angaben folgen. Die Bevölkerung Ungarns lag nach der Volkszählung 1980 mit 10,7 Mio um 3,8 % höher als 1970, die Lebendgeburten stiegen von 14,1 % auf 16,3 %, die Todesfälle von 10,6 auf 12,4 %. So nahm die Bevölkerungsdichte von 110,9 auf 115,1 Personen je qkm zu. Zum ersten Mal in der Geschichte Ungarns erreichte die städtische Bevölkerung mit 53,3 % die Mehrheit; dabei nahm die Bevölkerung der Provinzstädte zu, die von Budapest stagnierte. Etwa ein Drittel der Bevölkerung entfiel auf die Provinzstädte, ein knappes Fünftel auf Budapest.

Das Geschlechterverhältnis blieb mit 48,4 % Männer und 51,6 % Frauen im Vergleich zu 1970 fast unverändert. Bei einer Zunahme des Anteils der alten Jahrgänge nahm derjenige der 0—14 Jährigen ab. So machten die Jahrgänge über 70 im Jahre 1970 6,9 %, 1980 aber 8,5 % aus. Anhaltend und in gesteigertem Maße nahmen die Lebendgeburten ab. Die langfristige Entwicklung zeigt folgenden Verlauf: Anzahl der Lebendgeburten auf 1000 verheiratete Frauen 362 im Jahre 1920, 189 im Jahre 1980; 1970 lagen sie noch bei 201. Das generative Verhalten hat sich seit 1920 entscheidend geändert: 1920 hatten die verheirateten Frauen zu 25,5 % sechs und mehr Kinder, zu 7,4 % fünf, zu 9,2 % vier, zu 10,9 % drei, zu 12,5 % zwei, zu 16,6 % ein und zu 17,9 % kein Kind, dagegen liegen 1980 die entsprechenden Zahlen bei 2,5; 1,9; 4,3; 12,3; 39,2; 27,9; und 11,9 %. Demnach ist 1980 die Zwei-Kinder-Familie der verbreitetste Typ. Bemerkenswert ist andererseits das Absinken der kinderlosen Ehen, während 70 % der Ehen bis 2 Lebendgeburten aufweisen. Die Geburtenspitze liegt zwischen dem 20. und dem 30. Jahr der Mütter. Während die Anzahl der kinderlosen Ehen im Jahrzehnt 1970—1980 um 9 % abgenommen hatte, war die der Einkindehen praktisch unverändert geblieben, während die 2-Kinder-Ehen um ein knappes Drittel stiegen und die 3-Kinderehen — wie im vorhergehenden Jahrzehnt — um etwa ein Sechstel fielen.

1980 hat sich die Bevölkerung seit 1870 — auf dem gleichen Gebiet — etwa verdoppelt. Ab 1900 nahmen die Zunahmeraten in verstärktem Maße ab, es sank die Fruchtbarkeit stärker als die Sterblichkeit. Nach den Verlusten